

## **Presseinformation**

**Wuppertal, 9. Februar 2018**

### **Kommunale Arbeitgeber fordern wirtschaftlich tragbaren Tarifabschluss**

*Angesichts der extrem hohen Verschuldung und des Investitionsrückstands in vielen Kommunen und in einer Zeit wachsender Unterschiede zwischen den Kommunen brauchen die Arbeitgeber einen leistbaren Konsens mit den Gewerkschaften. Die Forderungen der Gewerkschaften zur Tarifrunde 2018 gehen an der Realität vorbei.*

Die Arbeitgeber weisen darauf hin, dass die von den Gewerkschaften geforderten, enorm hohen Tarifsteigerungen im Umfang von 6 % (zzgl der strukturellen Verteuerungen) für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht zu erfüllen sind. Hier besteht offenbar eine falsche Vorstellung von den Möglichkeiten der kommunalen Verwaltungen und Unternehmen.

Allein die Linearforderung von 6 % würde für die kommunalen Arbeitgeber bundesweit ein Kostenvolumen von rund 5,88 Mrd. Euro pro Jahr bedeuten. Für Nordrhein-Westfalen entspricht dies rund 1,31 Mrd. Euro. Doch die Kommunen sind mit 141 Mrd. Euro (davon 63 Mrd. in Nordrhein-Westfalen) verschuldet. Außerdem herrscht ein Investitionsrückstand von 126 Mrd. Euro. *„Trotz der insgesamt erfreulichen Wirtschaftslage in Deutschland dürfen der historische Schuldenhöchststand und der massive kommunale Investitionsstau nicht ausgeblendet werden.“* warnt der KAV-Vorsitzende Oberbürgermeister Philipp. *„Der Tarifabschluss muss sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aller kommunalen Arbeitgeber orientieren. Dies schließt auch die kommunalen Unternehmen ein, die ihre Dienstleistungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge – wie der Nahverkehr – vielfach defizitär anbieten oder die wie die Sparkassen mit schwierigen Marktbedingungen zu kämpfen haben.“* – so Philipp weiter.

Ein Nachholbedarf des öffentlichen Dienstes besteht nicht. Insgesamt sind die Tarifentgelte im öffentlichen Dienst von 2008 bis 2017 um 30 Prozent gestiegen, die Entgelte in der Gesamtwirtschaft nur um 25 Prozent. Vor allem in den unteren Einkommensgruppen stehen die Beschäftigten im

Vergleich zur Privatwirtschaft sehr gut da; die Forderung nach einer sozialen Komponente geht hier von vornherein fehl. Verstärkt investiert werden muss vielmehr in Fachkräfte, die die kommunalen Arbeitgeber im Zeitalter der Digitalisierung dringend benötigen. *„Der von den Bürgerinnen und Bürgern finanzierte Verteilungsspielraum muss in einer Art und Weise genutzt werden, die der personalpolitischen Realität in den Betrieben und am Markt entspricht“*, so KAV NW-Hauptgeschäftsführer Dr. Langenbrinck.

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Kommunen und Bund beginnen am 26. Februar 2018 in Potsdam. Weitere Verhandlungstermine sind der 12./13. März sowie der 15./16. April 2018. In Nordrhein-Westfalen sind von den Tarifverhandlungen rund 530.000 Beschäftigte bei mehr als 1.300 verbandsgebundenen kommunalen Arbeitgebern betroffen.

**Kontakt:**

Michael Feiter

Pressereferent

Kommunaler Arbeitgeberverband NW

Tel.: 0202 / 25513-47

Mobil: 0172 / 3051912

Fax: 0202 / 25513-13

e-mail: feiter@kav-nw.de

**Hinweis:**

Der KAV NW mit Sitz in Wuppertal ist der größte der 16 kommunalen Arbeitgeberverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Diese haben sich auf Bundesebene zur Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zusammengeschlossen. Dem KAV NW gehören alle nordrhein-westfälischen Kreise, Städte und Gemeinden sowie weitere rd. 900 kommunale Einrichtungen und Unternehmen (Landschaftsverbände, Flughäfen, Ver- und Entsorgungsbetriebe, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, Sparkassen sowie Nahverkehrs- und Hafenbetriebe) mit insgesamt ca. 530.000 Beschäftigten an.